

Presseinformation

Grüner Wasserstoff braucht glaubhafte Rechtsgrundlage

Offener Brief von GP JOULE an Minister Peter Altmaier

Reußenköge/Berlin, 30. März 2021

Die geplante Verordnung des Wirtschafts- und Energieministeriums zur Definition von „grünem Wasserstoff“ droht, ihren Zweck zu verfehlen. Am 18. März hat das Ministerium in einem Gespräch mit verschiedenen Stakeholdern ein Eckpunktepapier vorgestellt. Dieses lässt deutlich erkennen, dass Minister Peter Altmaier den Energieträger Wasserstoff schnell voranbringen will. Doch die übergeordneten Ziele Klimaschutz und Energiewende bleiben dabei auf der Strecke und mit ihnen die Glaubhaftigkeit des grünen Wasserstoffs. Das Eckpunktepapier sieht vor, dass Wasserstoff mit Netzstrom unklarer Herkunft hergestellt und über Zertifikate „begrünt“ werden kann. GP JOULE fordert in einem offenen Brief an Altmaier, dass grüner Wasserstoff nur mit zeitgleich erzeugtem grünem Strom produziert werden darf. Nur so erfüllt die Verordnung ihren Zweck und bringt die Energiewende voran.

Verordnung soll Kriterien für grünen Wasserstoff festlegen

Das im Dezember 2020 novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sieht unter anderem vor, dass Strom aus erneuerbaren Quellen zur Erzeugung von grünem Wasserstoff eingesetzt werden soll. Um das zu ermöglichen, wird auf diesen Strom keine bzw. eine geringere EEG-Umlage erhoben. Die genauen Kriterien für den grünen Wasserstoff soll das Wirtschafts- und Energieministerium bis Ende Juni durch eine Verordnung festlegen. Diese soll laut Gesetz den Markthochlauf für grünen Wasserstoff fördern, einen glaubhaften Bezug von Strom aus erneuerbaren Quellen sichern und einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des Energiesystems leisten. Diesen Anforderungen wird das im März vorgestellte Eckpunktepapier allerdings nicht gerecht. „Das Wirtschaftsministerium versucht, den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft zu beschleunigen. Doch das geschieht durch zu wenig ambitionierte Kriterien für grünen Wasserstoff. Damit wird Minister Altmaier der Energiewende und dem Klimaschutz unterm Strich nicht nutzen, sondern schaden“, sagt Ove Petersen, CEO und Mitgründer von GP JOULE.

Grünen Wasserstoff mit echtem Grünstrom erzeugen

Das Eckpunktepapier sieht vor, dass der Bezug von Grünstrom für die Wasserstoffherzeugung durch Zertifikate nachgewiesen wird, ähnlich wie der Bezug von Ökostrom. Dabei werden allerdings nur die Strommengen betrachtet, nicht der genaue Zeitraum, in denen sie erzeugt wurden. Doch genau das ist entscheidend, denn die Produktion von Wind- und Solarstrom schwankt bekanntlich. Um sicherzustellen, dass Wasserstoff wirklich mit grünem Strom erzeugt wird, müssen Erzeugungs- und

Verbrauchsmengen im Viertelstundentakt ausbalanciert werden. Einige Unternehmen, darunter GP JOULE, erzeugen bereits auf diese Weise grünen Wasserstoff. Doch diese Kopplung an echten Grünstrom ist teurer als das im Eckpunktepapier vorgesehene Zertifikatmodell. „Nach den aktuellen Eckpunkten wäre es möglich, Wasserstoff faktisch mit Graustrom zu erzeugen und für einen minimalen Aufpreis mit Zertifikaten zu begrünen“, sagt Petersen. Billiger Greenwashing-Wasserstoff wäre so von echtem grünem Wasserstoff nicht zu unterscheiden und würde diesen verdrängen. „Ein Markt für Wasserstoff, der tatsächlich aus Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wird, kann sich dadurch nicht entwickeln.“

Glaubhaftigkeit von grünem Wasserstoff in Gefahr

Doch mit der Zertifikatregelung gerät nicht nur der Markthochlauf für grünen Wasserstoff in Gefahr, sondern auch das zweite gesetzlich festgelegte Ziel der Verordnung. Laut § 93 EEG muss der Wasserstoff nämlich „glaubhaft“ mit Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt worden sein. „Die Verbindung über die Herkunftsnachweise erfüllt dieses Kriterium nicht und ist damit letztlich rechtswidrig“, erklärt Petersen. Hinzu kommt, dass die Möglichkeit zum Greenwashing von grauem Wasserstoff zu einem Imageschaden führen würde, der durch spätere Verbesserungen nur noch bedingt auszuräumen wäre. „Es droht ein dauerhafter Reputationsschaden für die erst im Entstehen begriffene Wasserstoffwirtschaft in Deutschland“, sagt Petersen. Er fordert in seinem Brief an Wirtschafts- und Energieminister Peter Altmaier deshalb eine schnelle Korrektur der Eckpunkte.

Anhang: Offener Brief von GP JOULE an Bundesminister Peter Altmaier

Über GP JOULE

2009 mit der Überzeugung gegründet, dass 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung machbar ist, ist GP JOULE heute ein System-Anbieter für integrierte Energielösungen aus Sonne, Wind und Biomasse sowie ein Partner auf Versorgungsebene für Strom, Wärme, Wasserstoff sowie Elektromobilität. Als Pionier in der Sektorkopplung beschäftigt die mittelständische Unternehmensgruppe rund 350 Mitarbeiter in Deutschland, Europa und Nordamerika. GP JOULE ist Träger des Umweltpreises der Wirtschaft Schleswig-Holstein 2019 und des German Renewables Award 2020.

Bildrechte

GP JOULE

Pressekontakt

Frau Nina Ramberg Mortensen
Unternehmenskommunikation
GP JOULE GmbH
n.ramberg@gp-joule.de

Tel. +49 (0) 4671-6074-688
Mobil +49 171 2083818

GP JOULE GmbH Cecilienkoog 16 □ 25821 Reußenköge □ www.gp-joule.de